

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

Sperrvermerk 16.15 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,
sehr geehrte Gäste dieser Sitzung,

wir sind heute bei bestem Sommerwetter in unserem Ratssaal zusammengekommen, um ein Maßnahmenpaket zu diskutieren und zu beschließen. Das Maßnahmenpaket soll dem Schuldenabbau in unserer Stadt dienen. Ziel ist es, die Handlungsfähigkeit unserer Stadt zu erhalten. Ich kann es auch deutlicher ausdrücken: Es geht um das Überleben unserer Stadt, die ab 2011 bilanziell überschuldet sein wird.

Dass wir heute überhaupt so weit gekommen sind, in eine gezielte Spardiskussion einzusteigen, haben wir dem mutigen und beherzten Einsatz unserer Kämmerin Bärbel Schütte zu verdanken. Ohne den Anstoß vom November 2009, der außerhalb des Rathauses sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde, wäre die längst überfällige Umsetzung des Rödl-Gutachtens sowie der Ergebnisse des Gemeindeprüfungsamtes nicht in die Wege geleitet worden. Vielen Dank, im Namen der CDU-Fraktion und im Namen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Remscheid für diese couragierte Tat!

„Warum“ sparen wir?

Sparen - auch wenn es sich strenggenommen nur darum handelt, weniger Schulden aufzunehmen - ist kein Selbstzweck, sondern hat das Ziel, langfristig wieder die kommunale Selbstbestimmung herbeizuführen.

Allein auf uns gestellt - und hier sind sich alle Fraktionen einig – können wir den Haushaltsausgleich nicht erreichen. Hierzu wäre es notwendig, unser strukturelles Defizit von rund 120 Mio. Euro / jährlich auszugleichen und die zwischenzeitlich aufgelaufenen Schulden von rund 700 Mio. Euro abzulösen.

Ziel unserer „Sparmaßnahmen“ muss es daher sein, Land und Bund dazu zu bringen, sich an der Entschuldung der Kommunen zu beteiligen.

Unser neuer Landtagsabgeordneter Sven Wolf wird im Rat der Stadt Remscheid sicherlich regelmäßig über die erzielten Erfolge in Düsseldorf berichten.

„Wie“ müssen wir sparen?

Um dies zu erreichen, wurde eine „Bund – Länder – Städte“ Kommission eingesetzt, die vor drei Monaten ihre Arbeit aufgenommen hat.

Wie genau die Entschuldung der Kommunen vorgehen soll, ist bekannt.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

Professor Martin Junkernheinrich, zuerst für die Kommunen im Aktionsbündnis "Wege aus der Schuldenfalle" tätig, ist mittlerweile auch vom Land NRW zum Gutachter bestellt worden.

Es ist daher davon auszugehen, dass seine bislang erarbeiteten Vorschläge für NRW demnächst umgesetzt werden. An diesen werde ich mich daher nachfolgend orientieren und sie stellen sich – konkret auf Remscheid bezogen - wie folgt dar:

Zur Vermeidung künftiger Schulden muss Remscheid zwei Voraussetzungen erfüllen

- a) Beteiligung am Altschuldenabbau durch Haushaltseinsparungen, die Zins und Tilgung bedienen
- b) Erreichen des Primärsaldoausgleichs, was gleichbedeutend ist mit Reduzierung des strukturellen Haushaltsdefizits auf Null ohne Abschreibungen und Zinsen

Konkret bedeutet dies, dass unser strukturelles Defizit von 120 Mio. Euro / jährlich zunächst eingespart werden muss, damit Remscheid überhaupt in den Genuss eines so genannten Entschuldungsfonds kommt.

Diese Voraussetzungen wurden von den betroffenen Städten im Aktionsbündnis selbst genannt und stellen eine selbst gesetzte Hürde dar, die beachtlich ist. Keine Hilfe ohne Gegenleistung. Hilfe von Dritten ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Als letzter Punkt muss der Schuldenabbau auch eine Zielrichtung haben.

Es gehört zur inneren Logik, dass bei Summen, die den Haushaltsausgleich herbeiführen sollen, manche Leistungen ausgedünnt, manche gänzlich abgebaut werden und selbstredend hiervon Institutionen und Organisationen betroffen sind. Dieser Mut zum Handeln kombiniert mit Weitblick und realistischem Sinn für das Machbare dürfen von Verantwortlichen in der Situation bei Verabschiedung eines Maßnahmenpakets erwartet werden.

Das vorliegende Maßnahmenpaket muss daher genau vor diesem Hintergrund betrachtet und bewertet werden.

Um es konkret zu sagen:

Sind wir auf dem richtigen Weg, den Primärsaldo auszugleichen?

Ist der große Wurf gelungen, den selbst genannten Kriterien für eine nachhaltige Haushaltspolitik zu erfüllen bzw. einen guten Teil der Wegstrecke zurückzulegen?

Das Maßnahmenpaket der Oberbürgermeisterin

Das heute vorliegende Maßnahmenpaket bleibt weit hinter den Vorschlägen des Rödl&Partner Gutachtens und des Prüfergebnisses des Gemeindeprüfungsamtes zurück.

Um es deutlich zu sagen: Das Maßnahmenpaket greift zu kurz.

Die ursprünglichen Vorschläge der externen Berater hatten allesamt eine Struktur dahingehend, dass eine gleichmäßige Belastung weiter Verwaltungsteile festzustellen ist.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

Gemeinhin nennt man dies eine Ausgewogenheit.

Genau diese Ausgewogenheit ist bei dem nunmehrigen Maßnahmenpaket der Oberbürgermeisterin nicht feststellbar.

Das heute vorliegende Maßnahmenpaket ist ein einseitiges Bürgerbelastungspaket, dummerweise für alle steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Ich hätte mir hier eine deutlichere Handschrift einer der drei Bündnispartner gewünscht.

Ein so genanntes Sparpaket, das nur den steuerzahlenden Bürgern mehr Geld abnimmt, ist kein Sparpaket, es ist ein Armutszeugnis.

Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu erfahren, welche Positionen die CDU-Fraktion in Remscheid hat.

Deshalb sprechen wir uns dafür aus, über die Maßnahmen des Sparpakets einzeln abzustimmen. Denn dann müssen die politischen Fraktionen Farbe bekennen und die Bürgerinnen und Bürger wissen, woran sie sind.

Dieses demokratische Recht – liebe Mitglieder des Stadtrates – werden wir uns auch nicht nehmen lassen.

Warum diese Blockabstimmung von Fraktionen gefordert wird, die in den Vorjahren in diesem Rat genau die gegensätzliche Meinung vertreten haben, kann nur gemutmaßt werden.

Soviel allerdings steht fest:

Bei einer Blockabstimmung, beispielsweise über Steuererhöhungen, die auch noch mit einer Bekanntmachungssatzung für die Jahre 2011 und 2012 versehen sind, besteht im Gegensatz zu einer Einzelabstimmung der Maßnahme nicht die Gefahr, dass eine Fraktion ausschert und Spannungen des Ampelbündnisses nach außen sichtbar werden.

Der mühsame Weg zum heutigen Maßnahmenpaket

In Vorbereitung auf den heutigen Tag hat die CDU von Anfang des Jahres an eine Beteiligung unserer Bürgerinnen und Bürger, eine echte Beteiligung mit Darlegung der Wechselwirkungen des Sparens, mehrfach öffentlich angemahnt. Dies war unsere Einlösung des Versprechens aus dem Kommunalwahlkampf.

Wir müssen heute als CDU-Fraktion feststellen, dass in Remscheid diese Bürgerbeteiligung bislang nur simuliert wurde.

Statt Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu Wort kommen zu lassen, wurde wortreich durch Verwaltung, anwesende Politik und professionelle Lobbygruppen eine Bürgerdiskussion nahezu unmöglich gemacht.

Die CDU-Fraktion hat am 20. Januar dieses Jahres einen Lösungsweg vorgeschlagen, der den Verwaltungsgrundsätzen von Wahrheit und Klarheit für die anstehenden politischen Entscheidungen gerecht geworden wäre.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

Dieser Vorschlag sah wie folgt aus:

- 1) In einem ersten Schritt – so unser damaliger Vorschlag – sollte die Verwaltungsspitze eine abgestimmte Sparliste vorstellen und sie in drei Prioritäten (kurzfristig umsetzbar, mittelfristig umsetzbar, langfristig umsetzbar) unterteilen.
- 2) In einem zweiten Schritt hätte die Verwaltungsspitze dann der Politik die Auswirkungen der größten Sparposten mit dem Ziel einer Prioritätensetzung erläutern sollen.

Wir alle wissen: Ergebnis des Ganzen war ein chaotischer, ungeordneter und intransparenter Vorgang.

Zunächst stellten Verwaltungsspitze und so genannte „Gestaltungsmehrheit“ Ende Januar 2010 ihr erstes Sparpaket vor und beriefen dazu eigens eine Pressekonferenz ein.

Im Anschluss taten alle Beteiligten so, als hätten sie mit den Bergen an aufgebrauchten Ideen und längst von der Verwaltung bearbeiteten Punkten gar nichts zu tun.

Im Sinne der Sache steuernd und somit zielführend wäre es gewesen, wenn die selbst ernannte „Kapitänin auf der Brücke“ ihr eigenes Sparkonzept auch vertreten hätte.

Statt diese Amtspflicht zu erfüllen und ein Sparkonzept zu vertreten, um so eine Perspektive für die Zukunft zu entwickeln, tauchte die Oberbürgermeisterin ab.

In den Bürgerforen tat die Oberbürgermeisterin so, als sie die vorgelegte Liste überhaupt nicht verbindlich. Dieses offensichtliche **Fehlen von Führung** zieht sich leider wie ein roter Faden durch die gesamte Debatte über das Sparpaket. Das Fehlen von Führung ist verantwortlich dafür, dass wir heute den großen Wurf, den erwarteten Befreiungsschlag, nicht vornehmen werden. Stattdessen wird versucht, nicht anzuecken und der eigenen Klientel möglichst nicht auf die Füße zu treten.

Sie, verehrte Frau Oberbürgermeisterin, haben sich das Heft des Handelns aus der Hand nehmen lassen.

Sie stehen nicht zu ihrem eigenen Sparkonzept.

Sie haben es in den vergangenen Monaten versäumt, offensiv für eine Kombination von Sparpaket und dem Aufzeigen von Zukunftsvisionen für diese Stadt zu werben.

Doch Ihre Ampelmehrheit, Frau Oberbürgermeisterin, war leider auch nicht besser.

„Die Sparliste ist aus dem Zwang heraus entstanden, den die Bezirksregierung durch ihre Haushaltsverfügung uns auferlegt hat“, sagte die grüne Ratsfrau Jutta Velte bei einer Diskussionsrunde im Presseclub in der Denkerschmette.

Das elektronische Medium „Waterboelles“ kommentierte in zutreffender Weise durch Lothar Kaiser diese defensive Haltung mit den Worten: „Wenig Sparwille aus der eigenen Einsicht der Notwendigkeit – eben nur Sparzwang!“

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

In den darauf folgenden Monaten Januar, Februar, März, April, Mai und Juni wurden die Bürger in Remscheid verrückt gemacht mit Vorschlägen, deren Sinnhaftigkeit noch gar nicht feststand, sondern erst noch geprüft werden sollte.

Da wurde über die Zusammenlegung von altehrwürdigen Gymnasien ebenso wie über den Neubau einer Gesamtschule philosophiert, was selbstredend die Schließung einer Gesamtschule und/oder eines Gymnasiums bedeutet hätte. Die Schullandschaft wurde mit der Schließungsankündigung der Schulen Struck und Goldenberg durcheinandergewirbelt und jede Woche die berühmte andere „Sau durch`s Dorf getrieben“.

Aus unserer Sicht waren die vier Bürgerforen sowie das Internetforum zum Sparpaket nur ein Täuschungsmanöver, um eine Politik der Teilhabe zu simulieren und von der eigenen Konzeptlosigkeit abzulenken.

Dabei hatte im Dezember 2009 der Ampelsprecher, Herr Meinecke, doch noch forsch angekündigt, dass Verwaltungsspitze und Ampel gemeinsam noch für Januar 2010 ein gemeinsames abgestimmtes Sparkonzept vorlegen würden.

Anfang Juni hat die Verwaltung dann ein neues Sparkonzept vorgelegt. Diesmal verzichtete die Oberbürgermeisterin ganz darauf – anders als noch Ende Januar – dies in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit zu erläutern.

Als der neue Papierwust bei unseren Ratsmitgliedern eintraf, fragten wir uns: Ist dies nun wirklich das mehr oder weniger endgültige Papier, auf dessen Grundlage wir am 8. Juli im Rat zu entscheiden haben?

Die CDU-Fraktion hat nach Eintreffen des neuen Maßnahmenplans zum Schuldenabbau sofort bei Ihnen, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, nachfragen lassen, ob Sie bereit wären, das Paket der größten Fraktion im Rat der Stadt Remscheid in einer Fraktionssitzung zu erläutern.

Dazu hätten wir auch die Presse eingeladen, damit der Prozess der Diskussion über das Paket auch für die Öffentlichkeit möglichst transparent abgebildet werden kann.

Leider fand sich kein Platz in Ihrem Terminkalender, um zu uns zu kommen.

Da auf dieses Sparpaket aber noch viele weitere folgen werden, darf ich Sie an dieser Stelle schon darauf hinweisen, dass Sie von der CDU-Fraktion ganz herzlich eingeladen sind, uns vor der Verabschiedung des nächsten Pakets in unserer Fraktion Rede und Antwort zu stehen. Wir sollten also für November dieses Jahres bereits jetzt unsere Terminkalender zu Rate ziehen und abgleichen.

Wir wollen uns kritisch-konstruktiv an der Debatte über die Haushaltskrise beteiligen. Denn Sie brauchen ja augenscheinlich Unterstützung aus dem Lager jenseits der so genannten Gestaltungsmehrheit. Wie sonst wäre es zu erklären, dass die Ampel am vergangenen Freitag, den 2. Juli, ihre eigenen umfangreichen Ergänzungen zum Maßnahmenplan vorlegte?

Abgesehen davon, dass dieses Vorgehen uns nur eine kurze Beratungsfrist einräumt:

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

Gibt es vielleicht Differenzen zwischen Verwaltungsspitze und Ampelbündnis? Oder warum ist aus einem gemeinsamen Sparkonzept, das der Ampelsprecher Hans Peter Meinecke noch für den Januar 2010 angekündigt, im Endergebnis ein Sammelsurium von verschiedenen Vorschlägen, Anträgen und Prüfaufträgen geworden?

Das Maßnahmenpaket der Oberbürgermeisterin

Fangen wir zunächst mit dem Positiven an. Endlich scheint die Oberbürgermeisterin bereit zu sein, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt reinen Wein einzuschenken über die tatsächliche finanzielle Lage.

Die CDU hat Sie, Frau Oberbürgermeisterin, im vergangenen Kommunalwahlkampf immer wieder hierzu aufgefordert.

Die Oberbürgermeisterin und die sie tragende Ampelmehrheit haben mittlerweile fast ein Jahr Zeit gehabt, um ihre Pläne zu realisieren. Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Mehr als ein ins Stocken geratener Versuch, die untere Alleestraße für den Autoverkehr zu öffnen, ist Vielen nicht in Erinnerung geblieben.

Dementsprechend zeigt sich diese Handschrift im nunmehrigen Maßnahmenpaket. Zum besseren Verständnis beginne ich vorne im Maßnahmenpaket und arbeite mich durch die einzelnen Produkte.

In dem vorgelegten Maßnahmenpaket gibt es zwei Produkte, bei denen der höchste Spareffekt zu erzielen ist:

Das **Personal** sowie die **Sozialleistungen** der Stadt Remscheid.

Schauen wir uns also an, wie die Verwaltung und die sie tragende Mehrheit mit diesen Hauptpositionen umgehen.

1) Der größte Block der Sparmaßnahmen betrifft unser städtisches Personal.

Um hier klare Kante zu bekennen:

Die CDU-Fraktion spricht sich für einen Personalabbau aus.

Dies haben wir bereits in einer der letzten Hauptausschusssitzungen deutlich gemacht, als wir im Vorgriff auf die heutige Sitzung den vorgelegten Zahlen zugestimmt haben.

Die CDU-Fraktion bezweifelt allerdings die Ernsthaftigkeit der vorgeschlagenen Personalabbauplanungen.

Denn wären diese ernst gemeint, so hätte die Oberbürgermeisterin schon längst mit einem Weiterbildungs- und Qualifizierungskonzept dafür gesorgt, dass Mitarbeiter, die von abzubauenen Verwaltungsleistungen betroffen sind, eine entsprechende Qualifizierung für eine neue Tätigkeit bekommen.

In einer Anfrage und zwei Anträgen hat die CDU-Fraktion am 04.12.2009, 09.04.2010 sowie 04.05.2010 diese alles entscheidende Frage thematisiert.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

In der Hauptausschusssitzung am 06.05.2010 wurde der gemeinsame Antrag von CDU und W.i.R. von der Ampelmehrheit niedergestimmt.

Grund hierfür war, dass unser Antrag zu genau definierte, wie die Oberbürgermeisterin zukünftig mit dem Stellen- und Personalplan umzugehen hat. Wir forderten die konkrete Aufschlüsselung der Geschäftsbereiche und Transparenz, sowohl bei der Eingruppierung von Mitarbeitern als auch bei den kw-Vermerken.

Ebenso wollten wir die detaillierte Aufgaben- und Produktkritik dargelegt bekommen, um einen sach- und fachgerechten Umgang mit unserem Personal unter Einbeziehung des Personalrates zu gewährleisten.

Dieser Antrag – man höre und staune – wurde vom Sprecher des Ampelbündnisses, dem Kollegen Meinecke, mit der Begründung abgewiesen, dass der Antrag den Handlungsrahmen der Verwaltung zu stark begrenzen würde.

Eben!

Genau darum haben wir den Antrag gestellt, der immerhin über das Gelingen dieses Maßnahmenpakets entscheidend sein wird.

Genau der gleiche Sprecher der Ampel – der Kollege Meinecke – legt dann am letzten Freitag mit Anträgen nach, worin die Verwaltung auf bestimmte Punkte verpflichtet wird, ihr also ein enger Handlungsrahmen gesetzt wird.

Allerdings – und dies ist der Unterschied – bei Produkten, die summenmäßig weit hinter dem Einsparpotential des Personalabbaus zurückstehen.

Für die CDU-Fraktion steht fest:

Entweder die Ampelmehrheit stimmt im Nachgang dem Antrag von CDU und W.i.R. zu und kommt so zu einem abgestimmten und sozialverträglichen Abbau von Stellen in unserem Rathaus; oder aber man geht ganz bewusst Risiken ein und riskiert betriebsbedingte Kündigungen ab dem Jahr 2012; denn die angegebenen und der Bezirksregierung gemeldeten Zahlen sind nicht erreichbar und werden die letzte Vertrauensbasis zwischen Aufsichtsbehörde und Stadt zerstören.

Liebe Vertreter der Ampel, entscheiden Sie sich!

Unnötige Unruhe in der Belegschaft, die zu weiterer Demotivation bei unserem Personal führt, können wir im Interesse des großen Ganzen nicht gebrauchen.

2) Oberbürgermeistertag:

Hier erwarten wir von unserer Belegschaft ein Opfer und haben mit Antrag für die heutige Sitzung die Oberbürgermeisterin aufgefordert, mit dem Personalrat in Verhandlungen zu treten, um ab dem Jahr 2011 beginnend diesen Tag abzuschaffen. Aus Gleichheitsgründen heraus kann dieser Tag in diesem Jahr von den Beschäftigten, die noch keinen Gebrauch gemacht haben, genommen werden.

3) Vorgeschlagene konkret benannte Personalkürzungen:

Die Ampelmehrheit hat in Ihren Anträgen seltsamer Weise Geschäftsbereiche ausgesucht, in denen konkret Personal eingespart werden soll.

Dies sind das Einwohnermeldeamt, die Bibliothek und das Tiefbauamt. Bei den genannten Bereichen sollen in kürzester Zeit mindestens 19 Stellen gespart werden.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

Beide Bereiche liegen in der Zuständigkeit von CDU-Dezernenten und betreffen direkte Bürgerbelange.

4) Bei den globalen Minderaufwendungen zeigt das Ampelbündnis - wie in den nun folgenden Produkten – den Gegensatz von Reden und Tun: Sachaufwendungen von Veranstaltungen in städtischer Trägerschaft sollen gekürzt werden, gleichzeitig aber werden Veranstaltungen wie das Landesturnfest nach Remscheid geholt. Aus Sicht der CDU-Fraktion inkonsequent.

5) Doch nun ein Lichtschimmer: Die Haushaltsplanansätze für individuelle Leistungen nach SGB sollen unter Ziffer 4) des Antrages produkt- und kontenscharf der Politik vorgelegt werden.

Liebes Ampelbündnis, diese Forderung wird von der CDU-Fraktion seit einem guten Jahr im Fachausschuss erhoben, die Beantwortung jedoch vom zuständigen Dezernenten verschleppt. Hierbei ist für die CDU-Fraktion klar, dass eine Zusammenlegung von Pflege- und Wohnberatung im Konzept enthalten sein muss.

Kommen wir zu den einzelnen Produkten mit den jeweiligen Maßnahmen. Durch die Beantwortung unserer Anträge und Anfragen, zuletzt mit der heutigen Mitteilungsvorlage M OB 14, konnten die allermeisten Fragen der CDU-Fraktion im Vorfeld der Sitzung beantwortet werden, was den heutigen Sitzungsverlauf vereinfachen dürfte.

Dank hier an die Fachverwaltung für die größtenteils sehr präzisen Antworten auf nicht einfach zu beantwortende Fragen.

Im Folgenden werde ich nur auf die wesentlichen Punkte eingehen, bei denen die CDU-Fraktion anderer Meinung als die Gestaltungsmehrheit bzw. die Oberbürgermeisterin ist und dies auch kurz begründen:

6) Produkt 01.01.01: Seniorenbeirat

Alles, was stört und Fragen aus der Bevölkerung stellt, wird niedergemacht. Nur konsequent ist es, hier alte Rechnungen mit dem Seniorenbeirat zu begleichen und diesen – demografischer Wandel hin oder her – abzuschaffen.

Sehr konsequent Herr Meinecke und schönen Gruß an Herrn Güthe.

Unter dem Kapitel „Älter werden in unserer Stadt“ fand sich in der Koalitionsvereinbarung des Ampelbündnisses die Formulierung: „Remscheid muss sich auf den demographischen Wandel einstellen“.

Was ist den Vertretern der Ampel hierzu eingefallen? Oder waren die Beschneidung der Mitwirkungsrechte der Beiräte und die nunmehrige völlige Abschaffung des Seniorenbeirats als konstruktiver Beitrag in dieser Debatte gemeint?

7) Produkt 01.04.01: Schwerbehindertenvertreter

Als nächstes sind die Schwerbehinderten unserer Stadt an der Reihe. Der Landesdurchschnitt der Schwerbehindertenquote in NRW liegt bei 8,5%, der Schnitt der Schwerbehinderten in Remscheid bei 12%.

Dies sind auch die Auswirkungen einer Industriestadt, der letzten in NRW.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

Hier sollte demnach im Interesse der Bevölkerung zumindest geprüft werden, ob das Amt des Behindertenbeauftragten insgesamt auf eine Person in der Verwaltung übergehen kann.

Wichtig wäre uns, dass hierbei die Rentenberatung kompetent aus einer Hand erfolgt und der zukünftige Stelleninhaber eine echte Mittlerstelle zwischen den einzelnen Geschäftsbereichen wahrnimmt.

Die nunmehrige Lösung, die vakanten Stellenaufgaben auf drei Personen zu verteilen, bedeutet im Ergebnis, dass die Belange nicht mehr aus einer Hand konzentriert wahrgenommen werden.

Aber so stört auch diese Position unsere Gestaltungsmehrheit nicht mehr mit Fragen aus der Bevölkerung.

8) Produkt 01.05.01:

Die Zusammenarbeit der Rechnungsprüfungsämter, ein Dauerbrenner, seit es die Bergische Zusammenarbeit gibt. Hier wurde offenkundig ein verwaltungsinternes Protokoll bemüht, um doch noch irgendwie zu eigenen Anträgen von Seiten der Ampelmehrheit zu kommen.

Meine Damen und Herren: Machen Sie sich nicht lächerlich und belassen dies als Prüfauftrag in der Fachverwaltung. Anträge hierzu wurden bereits in den letzten 10 Jahren ausreichend gestellt.

9) Produkt 01.07.02:

Auflösung des Vereins „Bergisches Land Tourismusmarketing“

Ein wunderschöner Schauantrag unseres Ampelbündnisses. Jedermann in der Politik weiß, dass mit Weggang eines Mitarbeiters aus dem Büro OB genau diese Tourismusangelegenheiten auf die Bergische Entwicklungsagentur übertragen wurden. Liebe Ampel, bitte verkaufen Sie die Übertragung von Personal auf die BEA gegenüber unseren beiden Mitgliedstädten nicht zu laut als Einsparungen im städtischen Remscheider Haushalt.

10) Produkt 01.07.02: M2 und M5:

Ein Verzicht auf Geldgeschenke ist für die CDU-Fraktion zustimmungsfähig, ein Verzicht Blumengeschenke nicht. Die Konsequenz wäre, dass die Vertreter der Oberbürgermeisterin – wie bereits angekündigt – die Termine nicht mehr wahrnehmen würden. In diesem Zusammenhang sei die Frage erlaubt, warum bei weiteren Reduzierungen der Repräsentationsverpflichtungen um 25% überhaupt ein dritter Bürgermeister gebraucht wird?

Liebe Ampel, seien Sie konsequent und handeln Sie hier unverzüglich. Unsere Stimme zur Abschaffung des dritten Bürgermeisters ist Ihnen gewiss!

11) Produkt 01.08.01:

Auch hier könnte der geneigte Leser den Eindruck bekommen, dass verwaltungsinterne Protokolle der interkommunalen Zusammenarbeit für das Personal- und Organisationsmanagement in einige politische Hände gelangt sind. Liebe Ampelmehrheit, nehmen Sie zur Kenntnis:

Die Auflösung der Beihilfestelle und die Fremdvergabe an die Stadt Düsseldorf setzen ein einheitliches IT-Verfahren voraus. Dies wird bereits zwischen den beteiligten Städten seit Längerem geprüft. Und auch für die interkommunale

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

Zusammenarbeit in der Personalverwaltung sind konkrete Ergebnisse für das erste Quartal 2011 beschlossen und vorgesehen.

Aus einer vorliegenden Beschlusslage einen Schauantrag zu inszenieren, ist gegenüber der Öffentlichkeit alles andere als aufrichtig und von der Sache her einfach nur ideenlos.

12) Produkt 01.12.02:

M3 (alt P1): Zentrales Flächenmanagement: Meine Güte, ein uralter CDU-Antrag wird mit neuem Leben erfüllt mit dem Ziel, die Nutzflächen der Verwaltung zu reduzieren. Liebe Ampel, wir haben unserem Antrag einmal zugestimmt, wir könne auch ein weiteres Mal zustimmen.

M4 (alt P2): Hier bitte die CDU-Fraktion darum, bei der Nachverhandlung von Mietverträgen die Feststellung der zeitlichen Dauer der neuen Mietverträge mit vorzulegen. Wir wollen verhindern, dass aus einem 10jährigen Mietvertrag zu 10.- Euro ein 20jähriger Mietvertrag zu 9.- Euro wird. Im Übrigen ist uns bislang eine erfolgreiche Mietminderung bekannt geworden.

Wir danken unserer Kämmerin Frau Bärbel Schütte für ihren Einsatz!

13) Produkt 01.12.01:

Die Antwort auf unsere Anfrage zur Reduzierung der baulichen und technischen Unterhaltung vermag die CDU-Fraktion nicht zu überzeugen, dass der Werterhalt unserer Gebäude bei einer Reduzierung von 1 Mio. Euro / jährlich erhalten bleibt. Ein schlüssiges Entmietungs- bzw. Veräußerungskonzept fehlt und wird von der Verwaltung trotz mehrfachen Nachfragens nicht vorgelegt. Aus diesem Grund spricht sich die CDU-Fraktion gegen das Herabwirtschaften unserer Vermögenswerte aus und stimmt der vorliegenden Maßnahme nicht zu.

14) Produkt 01.13.01:

M 3 (alt P1): Die nunmehrigen Maßnahmenvorschläge der Ampel zur Untersuchung des städtischen Grundbesitzes nehmen alte Forderungen und Anträge der CDU-Fraktion auf. Aus der beantworteten Anfrage der CDU-Fraktion (M OB 14) ergibt sich auf Seite 6, dass nunmehr der gesamte städtische Grundbesitz erfasst ist und in Tabellenform vorliegt. Endlich!

M 4 (alt P2): Auch die Forderung der Ampel nach einem strategischen Liegenschaftsmanagement ist ein alter CDU-Antrag und damit zustimmungsfähig.

M5 (alt P3): Bei der Veräußerung des Schützenplatzes Lennep ist aus Sicht der CDU-Fraktion ein Schnellschuss nicht angebracht. Dieser Traditionsplatz wird von verschiedenen Vereinen für Veranstaltungen genutzt.

Sehr geehrte Damen und Herren von der Ampel: Sollten Sie eine Prüfung zum Verkauf beantragen wollen, so unterstützen wir dies. Sollten wir heute in jedem Fall den Verkauf beschließen, so kann die CDU-Fraktion ohne nähere Kenntnis von Details diesem Verkauf nicht zustimmen, da beispielsweise die Gefahr besteht, dass ein Verkauf des Schützenplatzes auch Auswirkungen auf das Gelände des Röntgenstadions haben könnte.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

15: Produkt 01.13.02:

M1 (als P1): Ein Verkauf der Tiefgarage Lennep steht nach unserer Kenntnis im Widerspruch zum Förderrecht des Landes NRW. Bei einem Verkauf müssten demnach Fördermittel für die Bindungsfrist bis 2017 anteilig zurückgezahlt werden. Ein Schnellschuss empfiehlt sich auch hier nicht, so dass es bei einem Prüfauftrag mit regulärer Weiterleitung an die Gremien bleiben kann.

M2 (alt P2):

Der beabsichtigte Verkauf des Theaterparkplatzes – und dies muss jedem, der hierfür die Hand hebt, klar sein – bedeutet die endgültige Aufgabe der Pläne für eine Stadthalle in Remscheid. Auch wenn dies unter den gegenwärtigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht vorstellbar ist, so können wir nicht vorhersehen, wie sich die Lage in 30 oder 40 Jahren darstellen wird.

Die CDU-Fraktion plädiert daher für eine gesamtheitliche Betrachtung des Geländes und dessen Entwicklung. Beginnend beim IHK-Gebäude über die städtische Galerie bis zum teilweise als Gastronomie genutzten Gebäude der Stadt. Sollte hier ein schlüssiges Konzept vorliegen, so wäre der Verkauf für die CDU-Fraktion vorstellbar. Ansonsten vermag es für die Besucher der Bibliothek und der Geschäfte auf der Alleestrasse nicht einzuleuchten, warum gut bewirtschafteter Parkraum in der Innenstadt ohne dahinter liegendes Konzept aufgegeben wird.

16: Produkt 01.20.01:

Die globale Minderausgabe im Fachdezernat 2.00 in Höhe von **7,4 Mio. Euro** ist der zweite große Betrag, an dem sich festmacht, ob die von der Verwaltung angegebenen Einsparungen tatsächlich erzielt werden können oder nicht.

Leider bestätigt sich der Verdacht der CDU-Fraktion durch Beantwortung unserer Anfrage (M OB 14, Seite 8), dass die im Haushaltssicherungskonzept formulierte globale Minderausgabe sich im Wesentlichen auf Transferleistungen bezieht. Dies ist weder ambitioniert noch sonderlich phantasievoll.

Ambitioniert wären Einsparungen im bestehenden Budgetbereich des Dezernats ohne Transferleistungen gewesen.

Dann hätten wir den Hut sehr tief vor Ihnen gezogen.

Den vorgesehenen Konkretisierungen im Herbst dieses Jahres kann man daher nur mit Spannung entgegensehen. Schön wäre es allerdings gewesen, bereits heute über konkrete Maßnahmen abzustimmen und diese nicht um weitere vier Monate zu schieben.

Herr Beigeordneter Mast-Weisz, die CDU-Fraktion verspricht Ihnen, hier Ihre Arbeit genau zu begleiten.

Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die von Ihnen in Aussicht gestellten Einsparungen bei der Vermittlung junger Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt derzeit Remscheid in einem Rankingvergleich NRW auf die hinteren Plätze setzt.

Hier muss dringend mit Fachverstand und dem nötigen Ernst nachgesteuert werden, um geeignete Werkzeuge gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit zu entwickeln. Ein „weiter so“ hat zur Folge, dass selbst die wenig ambitionierten Vorgaben zur Einsparung nicht erbracht werden können.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

Ich darf hier bereits ankündigen: Für weitere überplanmäßige Ausgaben, wie die letzte in Höhe von 4,3 Mio. Euro vor wenigen Wochen, wird die CDU-Fraktion ohne vorherige detaillierte Mitteilung des „Warum“ nicht mehr die Hand heben. Lapidare Begründungen, dass Lasten von Berlin auf die Stadt Remscheid übertragen werden, können wir so nicht mehr gelten lassen, ohne dass aufgezeigt wird, wie verwaltungsintern mit diesen Aufgabenübertragungen in Zusammenarbeit mit der BA umgegangen wird. Auch in diesem Bereich, Herr Beigeordneter Mast-Weisz, muss Transparenz Einzug halten.

17: Produkt 01.20.02:

Apropos Transparenz: Die Ampelmehrheit, Herr Beigeordneter Mast-Weisz, scheint es gut mit Ihnen zu meinen. Die soeben – relativ undeutlich formulierten Einsparungen von 7,4 Mio. Euro ohne Hinterlegung von schlüssigen Konzepten - werden bereits jetzt von der Mehrheit aus FDP, SPD und Grünen aufgeweicht. Denn die Zuschussskoordination in einem für uns nicht nachvollziehbaren Betrag von 127 TE (nach unseren Berechnungen müssten es 150 TE sein), soll Teil der von Ihnen einzusparenden Mittel unter dem vorgenannten Produkt sein.

In diesem Zusammenhang:

Die CDU-Fraktion spricht sich bei der Maßnahme M 2 für eine Reduzierung der Zuschüsse um 20% aus, um hier gegenüber Kürzungen in anderen Bereichen und Produktgruppen eine Gleichbehandlung herbeizuführen.

Ansonsten das Gleiche wie soeben: Es wimmelt hier von Prüfaufträgen, die offenkundig seit Jahren laufen, aber immer noch keine Konkretisierung erfahren haben.

Wir sehen uns also bei der nächsten Sparrunde im November wieder.

Frau Wilding, wir müssen unbedingt den Termin in unserer Fraktion festzurren!

18: Produkt 02.01.01:

Bei der Reduzierung der Zuschüsse an den Tierschutzverein bittet die CDU-Fraktion, diese Maßnahme nicht zu beschließen und zunächst die Prüfung der Verwaltung abzuwarten.

Aufbauend auf der öffentlichen Diskussion im Rechnungsprüfungsausschuss mit entsprechender Beauftragung an die Verwaltung muss hier zunächst der konkrete Sockelbetrag ermittelt werden, um dann in einer detaillierten Abrechnung die weiteren Kosten zu erfahren.

Bei heutigem Beschluss besteht die begründete Gefahr, dass wir diesen Beschluss blamabel in wenigen Monaten revidieren müssen, um den Pflichtaufgaben der Stadt Remscheid bei Tierschutz zu genügen.

19: Produkt 02.02.01:

M2: Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung: Unsere Anfrage (M OB 14, Seite 9) brachte die Erkenntnis, dass statt der vorgesehenen zwei stationären Anlagen nunmehr lediglich eine Anlage installiert werden soll.

Immerhin ein erster Erfolg.

Doch auch diese eine stationäre Anlage wird von der CDU-Fraktion abgelehnt.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

Die CDU-Fraktion stäubt sich nicht gegen Verkehrsüberwachung, wo diese auf Grund Gefahrenlagen sinnvoll ist.

Messungen vor Schulen, Kindergärten, Altenheimen sind für uns selbstverständlich. Allerdings sind wir gegen das systematische Aufstellen von so genannten „Starenkästen“. Diese wurden aus gutem Grund als Wahlversprechen vom ehemaligen Oberbürgermeister Fred Schulz mit vollster Zustimmung der Bevölkerung in den Jahren 1999/2000 abmontiert.

Ich erspare mir Ausführungen zum bürgerlichen Freiheitsbegriff, um hier keiner Fraktion die Schamröte ins Gesicht zu treiben.

Mit uns wird es Starenkästen nicht geben.

20: Produkt 02.03.01: Einwohnermeldewesen:

Wie bereits erwähnt: In manchen Bereichen wie dem Einwohnermeldewesen ist sich die Ampelmehrheit offensichtlich sicher, dass Personal eingespart werden kann. Dummerweise in den Bereichen, wo Lebenszeit durch Aufenthalte innerhalb einer Behörde kräftig auf steuerzahlende Bürger sozialisiert wird.

Meine Damen und Herren der Ampel: Wir alle sind angetreten, um für mehr Bürgerfreundlichkeit zu streiten. So jedenfalls steht es in Ihren Wahlprogrammen. Gehört der verlängerte Aufenthalt beim Behördengang hier auch zu dieser Art von Bürgerfreundlichkeit?

Den Vogel schießen Sie aber ab, indem Sie gegen jedes bessere Wissen nunmehr auch das Bürgerbüro in Lüttringhausen schließen wollen.

In seltener Eintracht votieren alle bekannten Vereine aus Lüttringhausen und Lennep dafür, die Bezirksverwaltungsstelle zu erhalten.

Die verwaltungsinterne Prüfung läuft noch, die zugesagten Ergebnisse liegen nicht vor und dennoch wollen Sie vollendete Tatsachen schaffen?

Frau Oberbürgermeisterin Wilding, wie verträgt sich diese Vorgehensweise mit Ihrem Wahlversprechen, das Bürgerbüro in Lüttringhausen nicht zu schließen?

Können Sie sich hier gegenüber „ihrer“ politischen Mehrheit nicht durchsetzen oder wollen Sie es nicht.

Die CDU-Fraktion erwartet hierzu von Ihnen eine Stellungnahme vor der Abstimmung.

21: Produkt 02.07.01:

Die Reduzierung des Zuschussbedarfs für die Berufsfeuerwehr um 100.000 Euro / jährlich werden nach Ansicht der CDU-Fraktion entgegen der Darstellung in M OB 14 Seite 10 Auswirkungen auf die Schutzziele „Brandschutz“ und „Rettungsdienste“ haben.

Die CDU-Fraktion ist sich sicher, dass dies von der Fachverwaltung auch nicht beabsichtigt ist. Jedoch lässt sich dies nicht vermeiden.

In mehrstündigen Gesprächen hat sich die CDU-Fraktion vor Ort ein Bild von der Lage gemacht.

Unser Ergebnis: Wir werden keine Kürzungen im Bereich der Berufsfeuerwehr mittragen und halten diese für nicht verantwortbar gegenüber unserer Bevölkerung.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

22: Produkt 03.02.02:

M 4 und M5: Ein Wegfall des Zuschusses an das BZI hat zur Folge, dass die Angebote zur beruflichen Orientierung von Jugendlichen weiter ausgedünnt werden. Konkret betroffen sind hier Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen.

Aus Gesprächen der CDU-Fraktion mit den betreffenden Schulen lässt sich derzeit feststellen, dass nicht alle Schulen über die Konsequenzen bei Streichen der Zuschüsse informiert sind.

Der CDU-Fraktion ist weiterhin nicht erklärlich, wie Herr Beigeordneter Mast-Weisz seine Ziele zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit weiter umsetzen möchte. Eine Versteifung allein auf „Kompazz“ ist hier sicherlich nicht zielführend.

23: Produkt 03.02.07:

Der Antrag des Ampelbündnisses zu den Berufsschulen ist ein besonderes Schmankerl für den heutigen Tag.

Meine Damen und Herrn der Ampelmehrheit: Verstehen wir Sie richtig, dass Sie die Berufskollegs unserer Stadt an einem Standort bündeln wollen?

Auch die CDU-Fraktion spricht sich seit Jahrzehnten für die Stärkung der Berufsschullandschaft in Remscheid aus. Wenn es uns nicht gelingt, das Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung an der Stuttgarter Straße in den nächsten Jahren in einen baulich zu vertretenden Zustand zu versetzen, droht uns die Verlagerung der Berufsschule an andere Standorte in der Umgebung. Dies kann nicht gewünscht sein.

Von daher haben Sie uns an ihrer Seite, wenn es um die Stärkung des Berufsschulstandortes Remscheid geht.

Jedoch, und dies wissen Sie, haben wir gerade erst die Sanierung des Berufskollegs Technik zum größten Teil abgeschlossen.

In der Konsequenz bedeutet eine Zusammenlegung von Berufskollegs einen Neubau.

Dieser entsteht entweder an der Neuenkamper Straße zu Lasten des dortigen Sportplatzes oder es gibt einen Neubau an anderer Stelle.

Wir verstehen jedenfalls die Antwort der Verwaltung aus der Mitteilungsvorlage M OB 14, Seite 12 in dieser Richtung, wo von einer weiteren Aufgabe eines Sportplatzes die Rede ist.

Je nach welcher Variante vorgegangen wird, sprechen wir hier von reinen Baukosten von geschätzten 18 bis 32 Mio. Euro. Die Unterhaltungskosten dürften mit milde geschätzten 5% der Bausumme jährlich zu Buche schlagen.

Die gesamte Zuweisung für das Konjunkturpaket II belief sich für Remscheid auf runde 12,3 Mio. Euro.

Wie bitte soll dies finanziert werden von einer Stadt, die für Straßenlenkungsmaßnahmen im unteren Bereich der Alleestrasse keine 3000.- Euro mehr aufbringen kann?

Doch wir wollen uns Phantasie in diesem Bereich nicht verschließen und werden den Prüfauftrag mit beschließen. Hieraus allerdings eine zu beschließende Maßnahme fertigen zu wollen, ist mehr Schau als Inhalt.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

24: Produkt 04.01.02: Musik- und Kunstschule:

Die nunmehr von der Ampelmehrheit geforderte Privatisierung der Musik- und Kunstschule hat zum Inhalt, dass die Bildungseinrichtung Jährlich 300.000 Euro Einsparungen vornehmen muss.

Bei einem Gesamtbudget von rund 740.000.- Euro bedeutet dies das unwiederbringliche „Aus“ für die breite musische Erziehung von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt.

Die Ampelmehrheit möchte hier offensichtlich Fakten schaffen, bevor das vom Rat beauftragte Prüfungsgutachten überhaupt abgearbeitet werden kann.

Wozu die Eile?

Bei einer Privatisierung werden sich automatisch einige Segmente des Musikunterrichts verteuern.

Dies hat zur Folge, dass in diesen Segmenten ausschließlich Kinder und Jugendliche aus finanziell besser gestellten Häusern das betreffende Instrument erlernen können.

Dass dieser Vorschlag ausgerechnet von der SPD stammt, macht sprachlos. Insbesondere vor dem Hintergrund des Landesprogramms „Jedem Kind sein Instrument“, welches im Ruhrgebiet erfolgreich läuft und mit Hilfe der Musikschule auf Remscheid ausgeweitet werden könnte, hat Musikerziehung auch einen bildenden Charakter.

Leider wird diese musische Erziehung von der Ampel nicht gesehen.

Auch die CDU-Fraktion ist über die jüngste Berichterstattung zur Musikschule nicht glücklich.

Deswegen aber die Einrichtung an sich vorschnell in Frage zu ziehen, halten wir nicht für richtig und plädieren dafür, den Prüfauftrag beizubehalten.

Wir bitten die Ampelmehrheit im Sinne unserer Kinder und Jugendlichen ebenso zu verfahren.

Der Maßnahme selbst können wir ohne Vorliegen des Prüfergebnisses aus dem Gutachten nicht zustimmen.

25: Produkt 04.01.05:

Auch ein Verzicht auf den Kulturouro geht aus unserer Sicht in die falsche Richtung.

Die Auswirkungen sind das Ende der freien Kulturszene in Remscheid mit den verbundenen Jugendförderprojekten, die hiermit verbunden sind.

Die CDU-Fraktion kann und wird dies nicht mittragen.

26: Produkt 04.03.01:

Bei der städtischen Bibliothek sollen mindestens sieben Stellen abgebaut werden.

Dies ist nur möglich, indem sich die Bibliothek in eine Leihbücherei der 50iger Jahre des letzten Jahrhunderts zurückverwandelt. Die Konsequenzen sind die Aufgabe der Mediathek und der Verzicht auf Fachliteratur.

Es ist schon erstaunlich, wie die Ampelmehrheit, welche sich im Wahlkampf das Thema „Bildung“ auf die Fahnen geschrieben hatte, nun mit dem Kulturträger „Bücher“ umgeht.

Es zeigt aber auch deutlich die politischen Machtverhältnisse innerhalb des Dreierbündnisses auf.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

Ein solcher kalkulierter Kahlschlag an Bildung in unserer Stadt ist für die CDU-Fraktion nicht zustimmungsfähig.

Ebenso überzeugt die Begründung in Maßnahme 3 in der Stadtteilbibliothek Lüttringhausen nur teilweise. In der Mitteilungsvorlage M OB 14, Seite 11 wird hierzu knapp Stellung genommen dahingehend, dass sich durch bürgerschaftliches Engagement die Aufwendungen für Beschäftigungsentgelte und den Medienerwerb reduzieren. Dem ist zuzustimmen. Jedoch wird die Frage der zu streichenden Mietkosten in Höhe von 12.000 Euro / Jährlich hierdurch nicht beantwortet. Die logische Konsequenz der Umsetzung dieses Beschlusses ist die mittelfristige Aufgabe der Stadtteilbibliothek.

27: Produkt 06.03.01:

Die CDU-Fraktion stimmt schweren Herzens der Schließung des Internetcafes „RIC“ als städtische Einrichtung zu. Dies aber in der Kenntnis, dass eine Überführung in die freie Jugendarbeit von Seiten des Jugendhilfeausschusses vorangetrieben wird.

28: Produkt 12.01.01:

M5: Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben es geschafft, dass städtische Brunnen in Remscheid nicht mehr betrieben werden. Gleichzeitig sprechen wir von einer Attraktivierung der unteren Alleestrasse und weitreichenden Plänen zur Öffnung für den motorisierten Verkehr.

Ihre Aufgabe, Frau Oberbürgermeisterin Wilding, wäre es gewesen, weit im Vorfeld mit potentiellen Sponsoren den weiteren Betrieb zu sichern.

Dieser Pflicht sind Sie nicht nachgekommen.

Wie Sie sich hier weiter ruhigen Gewissens für die Belebung der Alleestrasse einsetzen wollen, bleibt Ihr Geheimnis.

Wir werden diesem unsinnigen Vorschlag nicht zustimmen.

29: Produkt 12.01.04:

Der Prüfauftrag zur Reduzierung des städtischen Anteils an den Straßenreinigungsgebühren ist ein erneuter Schlag ins Gesicht aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Er bedeutet nichts anderes, als dass die städtische Verpflichtung zur Zahlung der Reinigung zu Lasten der Allgemeinheit gesenkt wird und Hauseigentümer und Mieter dies über den Gebührenbescheid bzw. die Mietnebenkosten zu tragen haben.

Das nennen wir echte Bürgerabzocke, Herr Meinecke!

30: Produkt 13.01.01:

Beim Prüfauftrag zur Entwicklung eines städtischen Grünflächenkonzepts gibt es für die CDU-Fraktion vor Lachen kein Halten mehr.

Herr Meinecke, genau diese Forderung stellt die CDU-Fraktion gegenüber der Verwaltung seit gut zwei Jahren. Die Fachverwaltung hat hierzu ausführlich im Ausschuss vorgetragen.

Sind Sie hier in diesem Raum nicht immer der Meinung, die Verwaltung nicht mit Doppelarbeiten zu beauftragen.

Na ja, vielleicht klappt es ja diesmal!

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

31: Produkt 13.01.02:

Die CDU-Fraktion beantragt die Beibehaltung der ursprünglichen Kürzungen der Zuschüsse an die Naturschule Grund in Höhe von 20%.

32: Produkt 15.01.01:

Die Ampelmehrheit beantragt die Übertragung der Wirtschaftsförderung auf die Bergische Entwicklungsgesellschaft.

Sehr geehrte Damen und Herren der Ampel, auch die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass die Wirtschaftsförderung in Remscheid – sagen wir es milde – durchaus ergebnisorientierter arbeiten könnte.

Eine Wirtschaftsförderung, die Ergebnisse in Form von Ansiedlungen liefert, ist immer direkt an die Bauverwaltung angebunden.

Dies ist in Remscheid der Fall.

Dennoch laufen uns die Unternehmen davon und neue Unternehmen meiden den Standort Remscheid.

Eine Übertragung auf die BEA hilft uns hier nicht weiter. Vielmehr besteht Handlungsbedarf im eigenen Haus. Die Probleme außer Haus lösen zu wollen, kann hier nicht tragfähig sein.

Die CDU-Fraktion sieht hier in erster Linie die Oberbürgermeisterin in der Pflicht, die Wirtschaftsförderung, die sich in ihrem eigenen Geschäftsbereich befindet, entsprechend auszurichten.

Die CDU-Fraktion fragt sich hierbei, warum eine erfolgreiche Leiterin der Wirtschaftsförderung ausgetauscht wurde und nach dem nunmehrigen Scheitern der Umstrukturierung das Heil in einer Ausgliederung gesehen werden soll.

Frau Oberbürgermeisterin, auch in unserer Stadtverwaltung gibt es gute Köpfe, die hier für eine entsprechende Aufgabenübertragung geeignet sind!

Einer Übertragung dieser Kernaufgabe einer Stadtverwaltung kann und will die CDU-Fraktion nicht zustimmen.

33: Produkt 16.01.01: Erhöhung von Steuern

Die CDU-Fraktion wird der Erhöhung der Vergnügungssteuer und der Zweitwohnungssteuer um jeweils 10% zustimmen.

Hier endet allerdings unsere Zustimmungswilligkeit.

Eine Erhöhung der Grundsteuer B, der Gewerbesteuer sowie der Hundesteuer wird die CDU-Fraktion nicht mittragen.

Die Gründe hierfür wurden vom stellvertretenden IHK-Präsidenten Herrn Kempkes mitgeteilt und werden von uns inhaltlich mitgetragen.

Im übrigen bleibt abzuwarten, wie sich der Basissatz der Gewerbesteuerzahler entwickeln wird. Nach den Planungen der Bundesregierung sollen auch Freiberufler in naher Zukunft zu Gewerbesteuerabgaben herangezogen werden können.

Diese Verbreiterung des Sockels der Steuerzahlenden würde allein das gesamte Gebilde „Gewerbesteuer“ auf eine neue Grundlage stellen.

Auffallend ist, dass die politische Ampelmehrheit offensichtlich so wenig Zutrauen zueinander hat, dass bereits jetzt die Jahre 2011 und 2012 hinsichtlich der

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

Steuersätze mit einer eigens zu beschließenden Hebesatzung verabschiedet werden soll.

Erstaunlich und passend zum politischen Diskussionsstil des Ampelbündnisses.

In Fragen der Steuer- und Abgabepolitik ist die Ampel wortbrüchig geworden.

In ihrem pompösen Papier mit dem Titel „Gestaltungsmehrheit für Remscheid 2009 / 2014“ steht auf Seite 8 zu lesen:

„Die Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer werden nicht erhöht, damit die Belastung durch Steuern und Abgaben kalkulierbar und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Remscheid gegenüber den Nachbargemeinden erhalten bleibt“.

So sieht also Verlässlichkeit aus!

Doch bleiben wir beim gesprochenen Wort und Versprechungen der Ampel:
Im Landtagswahlkampf zogen die Vertreter der Ampel durchs Land und versprachen finanzielle Entlastungen für die Stadt Remscheid. Bei der ersten Probe aufs Exempel sind zwei Vertreter der Ampel dann aber direkt eingeknickt, als sie im LVR der Erhöhung der Umlage zustimmten. Herr Brink, Herr Wallutat, ich spreche von Ihnen. Unserer Auffassung nach darf sich der Haushalt des LVR nicht auf Kosten der Kommunen sanieren. Daher war die Zustimmung zu den Mehrbelastungen von 200.000 Euro für die Stadt Remscheid unverantwortlich.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die CDU-Fraktion hat nunmehr dargelegt, wie sie sich gegenüber den Vorschlägen von Ampel und Oberbürgermeisterin verhalten wird.

Nunmehr ist die Zeit gekommen, eine Zusammenfassung hinter dem zu ziehen, was ich zuvor eingangs gesagt hatte:

Werden die selbst gesteckten Ziele und die vorgegebenen Rahmenbedingungen erfüllt?

Erste Frage:

Wird also der Primärsaldo erreicht bzw. befinden wir uns auf dem richtigen Weg?

Ein einfaches Rechenbeispiel gibt hier die Antwort:

Derzeitiges strukturelles Defizit der Stadt Remscheid:	120 Mio. Euro
Zinsen und Abschreibungen herausgerechnet:	Rund 50 Mio. Euro
Ergibt eine einzusparende Summe von:	jährlich 70 Mio. Euro
Tatsächlich gesparte Summe in 2010:	7,8 Mio. Euro
Außerplanmäßige Ausgaben aus dem Sozialdezernat von	4,3 Mio. Euro
Tatsächlich erzielte Einsparungen	3,5 Mio. Euro
Noch einzusparende Summe in 2010	66,5 Mio. Euro

Wir können also festhalten: Der Primärsaldo wird nicht erreicht, ein Anspruch auf Leistungen von Dritten haben wir uns in diesem Jahr nicht erworben.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

Zweite Frage:

Hat das Maßnahmenpaket irgendeine strategisch Zielrichtung:

Klare Antwort: Nein.

Das Maßnahmenpaket hat weder eine Ausgewogenheit, noch lässt es inhaltliche Rückschlüsse dahingehend zu, welche städtischen Leistungen unserer Stadt in den nächsten 15 bestehen.

Die wirklich großen Würfe sind hier nicht vorhanden.

Die CDU-Fraktion vermisst eine konkrete Zukunftsperspektive für unsere Stadt, an der die Spardiskussion ausgerichtet sein sollte.

Dritte Frage:

Was tun die Oberbürgermeisterin und die Ampel dafür, dass sich unsere Einnahmen - ohne die Steuerspirale zu drehen - auch erhöhen?

Unserer Auffassung nach wird außer dem Streichen von Leistungen nicht einmal ansatzweise versucht, die Einnahmen zu erhöhen:

Eine aktive Ansiedlungspolitik sowie eine geeignete Gewerbeflächenbevorratung wären hier sicherlich gangbare Wege.

Diese Forderungen stellen wir als CDU-Fraktion seit Jahren – ohne Erfolg.

Im Gegenteil: Die Gestaltungsmehrheit – zumindest die bestimmenden Teile – brüsten sich damit, ein Gewerbegebiet an der A 1 zu verhindern.

Sie können hierauf wirklich stolz sein!

Während die kleinen Nachbargemeinden eine offensive Ansiedlungspolitik betreiben, wanderten in der Vergangenheit Firmen wie Bornemann oder Clouth dorthin aus Remscheid ab.

Dem Hörensagen nach wird ein uns allen bekanntes Remscheider

Traditionsunternehmen in der nahen Zukunft Dutzende von Arbeitsplätzen von Remscheid aus ins Umland verlagern.

Und wie reagierten Stadtspitze und Ampel darauf? Man will gemeinsam an der Steuerschraube drehen, um Remscheid als Wohnstandort und als Standort für Unternehmen noch unattraktiver zu machen

Diese Stadt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird weiterhin unter Wert regiert!

Oder halten Sie es wirklich für eine ausgewogene Sparpolitik, wenn Sie nur bei den Leistungen für unsere steuerzahlenden Bürger Verschlechterungen herbeiführen wollen, ansonsten aber jegliche Ansätze einer aktiven Arbeits- und Wirtschaftsförderungspolitik vermissen lassen?

Da all diese Voraussetzungen nicht im Ansatz erfüllt sind, werden wir also im November dieses Jahres erneut in eine Streichdebatte eintreten bevor uns Mitte 2011 diese Sorge auf Grund Überschuldung abgenommen wird.

Ein trauriges Zeugnis politischen Gestaltungswillens.

Doch die CDU-Fraktion möchte hier für die kommenden Sparrunden konkrete Vorschläge machen, um die Voraussetzungen für ernste und seriöse Sparrunden zu schaffen:

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Remscheid
zur Verabschiedung des Maßnahmenpakets der Oberbürgermeisterin
am 08.07.2010

- 1.) Wir brauchen für den Personalbereich endlich ein verwaltungsintern abgestimmtes Vorgehen zur Qualifizierung der Mitarbeiter.
- 2.) Die Verwaltung muss in der nächsten Sparrunde konkret aufzeigen, welche Wechselwirkungen sich bei den einzelnen Sparmaßnahmen ergeben. Wir warten immer noch auf die Antwort auf die Frage, welche Strukturen wir in Remscheid erhalten wollen und wie sich die Einschnitte in einzelne Bereiche in 10 oder 15 Jahren auf das Leben in dieser Stadt auswirken können.
- 3.) Wir brauchen ein verbessertes Kostencontrolling für die gesamte Verwaltung, insbesondere aber auch für das Baumanagement.
- 4.) Wir müssen uns im Sozialbereich auf das Senken von Standards einstellen und eine Effektivierung der Sozialstrukturen herbeiführen.
- 5.) Im Bereich der Kultur muss eine stärkere bergische Zusammenarbeit oder eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen stattfinden.
- 6.) Im Jugendhilfe-Bereich muss eine Überprüfung der Effektivität und Effizienz der eingesetzten finanziellen Mittel stattfinden.
- 7.) Wir müssen das Problem anpacken, dass Remscheid bei der Vermittlung der unter 25-jährigen in den ersten Arbeitsmarkt auf einem der letzten Plätze steht.
- 8.) Und wir müssen uns überlegen, wie die Stadt höhere Einnahmen generieren kann, zum Beispiel durch Gewerbeansiedlungen, nicht durch ein ideenloses, auf kurzfristig verpuffende Effekte zielendes Drehen an der Steuerschraube. Wirtschaftsförderung muss Chefsache sein und darf nicht an andere Stellen abgeschoben werden, weil man vor den Herausforderungen kapituliert.
- 9.) Nur wenn wir diese Maßnahmen anpacken, können wir es unseren steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verantworten, wenn es in Zukunft zu einem Abbau der Angebotsstruktur im gesamten Stadtgebiet kommt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!